

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Allgemeine Sozialhilfe
Bearbeitet von: Herrn Hülsmann

Datum
18.03.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

02.04.2003

Betreff:

Sozialhilfebericht der Stadt Siegen 2002

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien– und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sozialhilfebericht zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Einleitung/Vorbemerkung

Dieser Sozialhilfebericht 2002 beschränkt sich auf die Fortschreibung über die Entwicklung der Fallzahlen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der für diese Leistungsform erbrachten Transferleistungen sowie der Finanzierungsbeteiligung für das Berichtsjahr 2002.

Erste Ergebnisse und die finanziellen Auswirkungen des am 01.01.2003 in Kraft getretenen Grundsicherungsgesetzes und des modularen Beschäftigungsförderungsprogrammes: *Städtische Hilfe zur Arbeit*, Beginndatum: 01.09.2002, auf die Fallzahlen und Ausgabenentwicklung der delegierten Hilfe zum Lebensunterhalt werden für die nächste Sitzung des AfSFS aufbereitet.

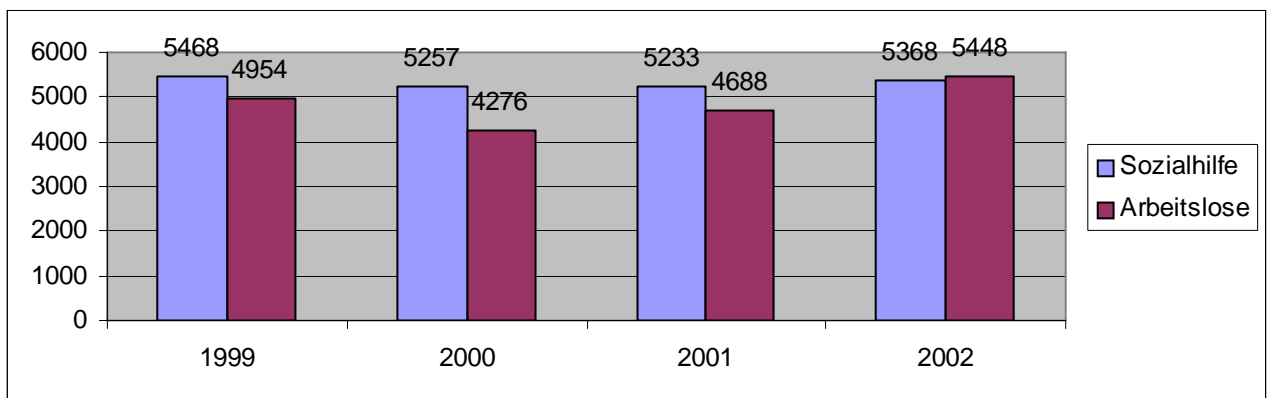
Voraussetzung für eine methodisch gesicherte und überprüfbare Darstellung von konkreten Ergebnissen ist eine angemessene Periode für die Dokumentation und Auswertung von Daten im Rahmen der *Grundsicherung* und der *städtischen Hilfe zur Arbeit*.

Das Jahr 2002 stand unter folgenden Zeichen:

- ◆ die Zahlen der sozialhilfebeziehenden und der arbeitslosen Personen sind gestiegen
- ◆ die Fallzahlen haben nach 1999 einen neuen Höchststand erreicht
- ◆ die Kostensteigerung für die Sozialhilfearaufwendungen setzt sich fort
- ◆ die Sozialhilfedichte hat sich zum negativen verschlechtert
- ◆ die Stadt Siegen hat in 2002 weniger Flüchtlinge und erheblich mehr Aussiedler aufgenommen

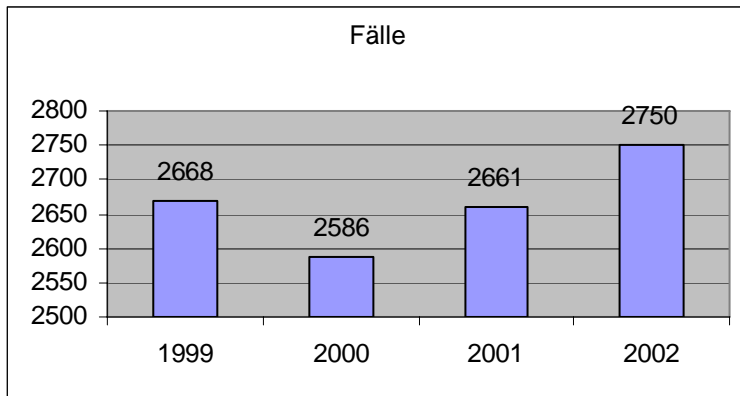
Mit der Darstellung der Ursachen für die Hilfebedürftigkeit soll darüber hinaus auf die Aktualität der unterschiedlichen sozialen Notlagen in dieser Stadt hingewiesen und eine möglichst breite Sensibilisierung für die sozial benachteiligten Personen bezweckt werden.

Entwicklung der Sozialhilfe beziehenden und von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen (1999 –2002)



Auf Grund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Konjunktur ist die Zahl der Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) beziehenden Personen im Vergleichszeitraum 2001/2002 um 135 Personen (2,6 %) und die Zahl der Arbeitslosen (*gemessen an dem Volumen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Stadt Siegen*) um 760 Personen (16,2 %) gestiegen.

Entwicklung der Fallzahlen (HzL ausserhalb von Einrichtungen)

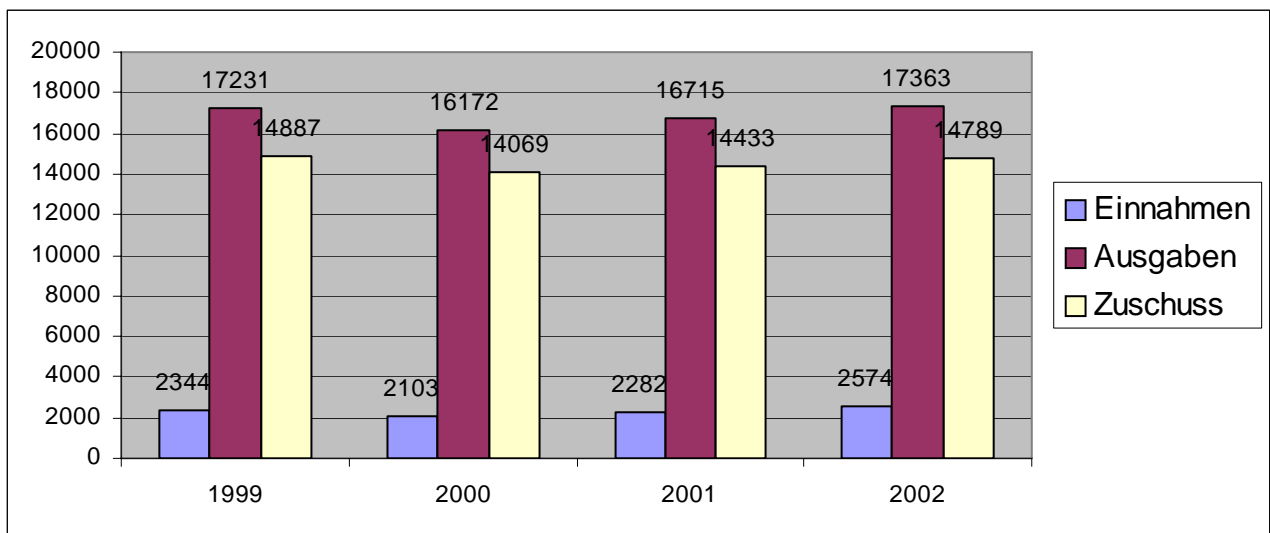


Die Fallzahlen (Jahresmittel) sind um 89 Bezugsgemeinschaften (Ein- und Mehrpersonenhaushalte) = 3,34 % gestiegen.

Gegenüber 2001 (1,97 Personen/Familie) hat sich die Familiengröße in 2002 auf 1,95 Personen reduziert.

Ohne die Maßnahmen des Kreises und weiterer Beschäftigungsträger sowie ab September 2002 der Stadt Siegen zur Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Berufsförderung würde das Niveau der personen- und fallzahlbezogenen Sozialhilfequote deutlich höher liegen.

Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und des Zuschussbedarfes (1999-2002)



(Werte Mio. €)

Die Steigerung des Zuschussbedarfes hat sich nach 2001 (2,6 %) trotz gestiegener Einnahmen auch in 2002 fort gesetzt.

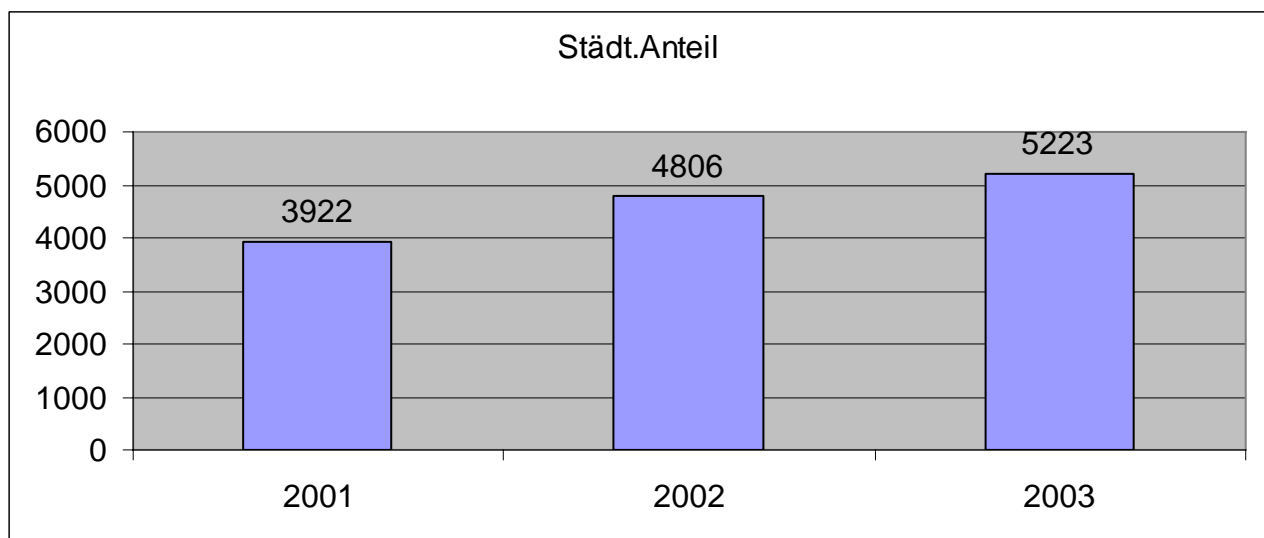
Der absolute Erhöhungsbetrag von 356 T€ entspricht einer Steigerungsquote von 2,5 %.

Ursächlich für den Anstieg der Einnahmen (um 292 T€ = 12,8 %) und der Ausgaben (um 648 T€ = 3,9 %) ist gleichermaßen die Fallzahlsteigerung.

Bei differenzierter Betrachtung der bewirtschafteten Ausgabe - Haushaltsstellen ist festzustellen, dass sich die Kosten zur Finanzierung einmaliger Beihilfen für Empfänger nicht laufender Leistungen gegenüber dem Beihilfeaufwand für laufende Leistungsempfänger überproportional erhöht haben.

Die Ursache für diesen Trend liegt vermutlich darin begründet, dass zunehmend Personen/Familien einmalige Leistungen in Anspruch nehmen, weil das Einkommen am Rande des sozialhilferechtlichen Bedarfs liegt und gerade ausreicht, den laufenden notwendigen Lebensunterhalt sicherzustellen, der erforderliche Bedarf für einmalige Leistungen jedoch nicht aus eigenen Mitteln bestritten werden kann.

Entwicklung der Finanzierungsbeteiligung (2001 – 2002, Prognose 2003)



Seit 2000 beteiligen sich die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf Grund einer Finanzierungsvereinbarung an den delegierten Sozialhilfeaufwendungen. Hierbei handelt es sich primär um den Leistungsbereiche *Hilfe zum Lebensunterhalt* und *Hilfe zur gemeinnützigen Arbeit*.

Schwerpunkt der Hilfe zum Lebensunterhalt ist die Sicherstellung der elementaren Grundbedürfnisse des täglichen Lebens durch laufende und einmalige Leistungen. Im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit soll dem Gedanken der sozialen Aktivierung von Langzeitarbeitslosen und von Vermittlungshemmnissen Betroffenen durch niederschwellige Angebote Rechnung getragen werden.

Nach 2001 (27,5 % = 3,9 Mio. €) beteiligte sich die Stadt Siegen **in 2002 mit 32,5 % = 4,8 Mio. €** am Zuschussbedarf in Höhe von 14,8 Mio. €. Der Kreisanteil belief sich auf 67,5 % = 10 Mio. €.

Mit 16,3 Mio. € Bruttoausgaben für laufende und einmalige Leistungen stellen diese Transferleistungen den mit Abstand größten Kostenfaktor dar.

Eine Reduzierung der Zahl der erwerbsfähigen und vermittelbaren Sozialhilfeempfänger durch Hilfe zur Arbeit wird deshalb immer schwieriger, da nicht mehr in ausreichender Anzahl geeignete Arbeitsplätze auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Nahezu gänzlich ausgeschlossen sind Vermittlungsbemühungen von Sozialhilfeempfängern im arbeitsfähigen Alter mit geringer und/oder einer nicht den Anforderungen entsprechenden Qualifikation.

Unter Zugrundelegung des durchschnittlichen prozentualen Anteils am Zuschussbedarf der Jahre 2001 und 2002 von 61,6 % ergibt sich für 2003 für Siegen eine voraussichtliche Finanzierungsbeteiligung von **5,223 Mio. €** (Grundlage: im Kreishaushalt 2003 veranschlagter Zuschussbedarf in Höhe von 8.480.000 € für die an die Städte und Gemeinden übertragenen Aufgaben).

Ursachen der Hilfewährung/Personengruppen

Sozialhilfebedürftigkeit ist in erster Linie im Zusammenhang mit dem Erwerbsstatus begründet und gegenüber den vorangegangenen Jahren haben sich nur unwesentlichen Veränderungen ergeben.

Nach den Erhebungen – bezogen auf den Erwerbsstatus des Haushaltsvorstandes – ergeben sich folgende Ursachen:

- 46,6 % Arbeitslosigkeit
- 37,1 % nicht erwerbstätig aus anderen Gründen (Alter, Krankheit, häusliche Bindung, Aus- und Fortbildung)
- 16,3 % teilzeit- oder vollzeiterwerbstätig

Differenziert nach Personengruppen ergibt sich bei den lfd. Fällen *Hilfe zum Lebensunterhalt* folgendes Bild:

- ◆ Alleinerziehende 27,0 %
- ◆ Ausländer 15,6 %
- ◆ Aussiedler 4,9 %

Sozialhilfebezugsdauer

Nach 2001 (27 Monate) hat sich die durchschnittliche Bezugsdauer der *Hilfe zum Lebensunterhalt* auf 31 Monate erhöht.

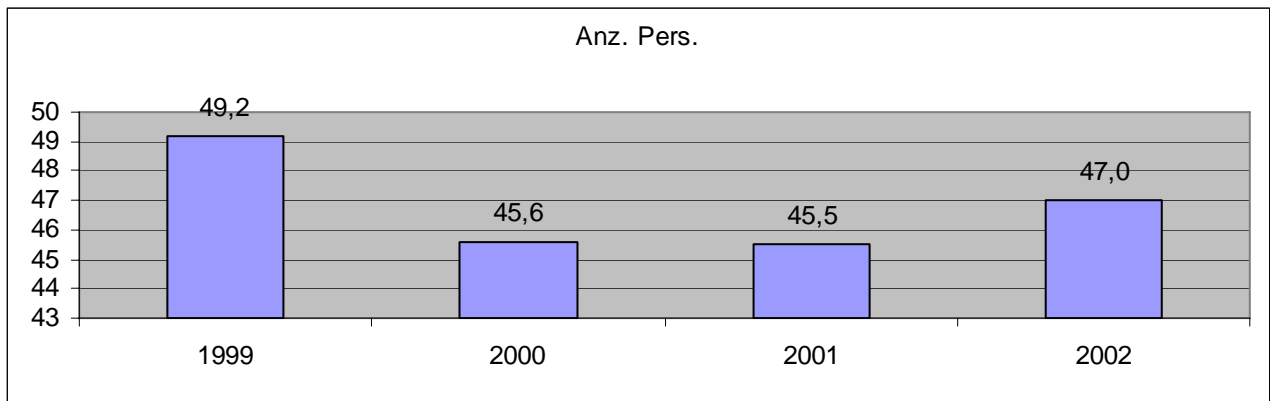
Sozialhilfedichte (1999 – 2002)

In Siegen bezogen von 1000 Einwohnern

- > 1999 49,2 Personen
- > 2000 45,6 Personen
- > 2001 45,5 Personen
- > 2002 47,0 Personen

laufende Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt.

Hilfe für Asylbewerber/Flüchtlinge (1999 - 2002)



Seit 2000 sind die Fallzahlen kontinuierlich rückläufig und haben in 2002 mit 306 Fällen, entspricht 615 Personen, den bisherigen Tiefstand erreicht. Davon sind 470 Personen Bewohner von städtischen Übergangsheimen.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz umfassen die Regelleistungen (Grundleistungen für den notwendigen Lebensunterhalt und Unterkunft) und die besonderen Leistungen (u.a. im akuten Krankheitsfall, bei Schwangerschaft und Geburt).

Diese Aufwendungen beliefen sich in 2002 auf 3,1 Mio. €, was gegenüber 2001 eine Ausgabenreduzierung um 323 T€ = 9,5 % bedeutet.

Im Vergleichszeitraum 2001/2002 ist ein extremer Einnahmerückgang von 544 T€ = 31,6 % zu verzeichnen.

Ursächlich dafür ist, dass die Zahl der illegal eingereisten -gleichwohl geduldeten- Flüchtlinge und der rechtskräftig abgelehnten Personen in erheblichem Umfang angestiegen ist.

Für diese Personen erfolgt im Gegensatz zu den sich im Asylverfahren befindlichen Personen keine Kostenbeteiligung des Landes.

Zuweisungssituation von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen

Im Jahr 2002 wurden **216 Aussiedler** aufgenommen, die ausnahmslos aus der ehemaligen UDSSR (heute GUS, vorwiegend Russland und Kasachstan) kamen. Davon wurden 207 Personen in Übergangswohnheimen und 9 Personen in privaten Wohnungen untergebracht.

Da das Aufnahmesoll, das monatlich neu festgelegt wird, nach dem Stand vom 31.01.03 mit 154 % über erfüllt ist, ist in 2003 nur noch in besonderen Härtefällen mit der Zuweisung von Aussiedlern zu rechnen,

Im Berichtsjahr erfolgte die Aufnahme von **73 ausländischen Flüchtlingen**, überwiegend aus Osteuropa und Asien, von denen 59 Personen in Übergangswohnheimen und 45 Personen in privaten Wohnungen untergebracht wurden.

Mit der Zuweisungsstatistik vom 31.01.2003 hat die Stadt Siegen ein Aufnahmesoll von 95 % erfüllt, das bedeutet in absoluten Zahlen, dass am 01.02.03 ein Aufnahmehinterstand von 22 ausländischen Flüchtlingen bestand.

Ausblick

Die Zahl der auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesenen Personen und analog dazu die Transferleistungen zur Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes der von der Konjunkturkrise am härtesten betroffenen Klientel steigt unaufhaltsam.

Das allgemeine Ziel der Sozialhilfesachbearbeitung im Fachbereich 5/1 – Allgemeine Sozialhilfe –

- die Sozialhilfeempfängergruppen wirkungsvoll zu beraten und zu betreuen , um ihnen Wege aus der Sozialhilfe aufzuzeigen

und das arbeitsförderungsspezifische Ziel

- jeden arbeitsfähigen und arbeitsverpflichteten Sozialhilfebezieher in den Arbeitsmarkt zu integrieren

haben ungeachtet der aktuellen vielfältigen Reformvorschläge der Sozialhilfe weiterhin Priorität und werden auch künftig nicht aus den Augen verloren.

Dass die sozialhilferechtlichen Grundsätze

- Anwendung von Ausweg- und Hilfeplanung
- zeitnahe und intensive persönliche Kontakte
- intensive Zusammenarbeit mit Fachstellen und Sozialen Dienste
- ausreichende konkrete Bedarfsprüfung

mit den vorhandenen Personalressourcen nicht mit der entsprechenden Qualität umgesetzt werden können, ist bereits im Sozialhilfebericht 2001 und im Rahmen der Diskussionen zum Stellenplan 2003 kritisch zum Ausdruck gekommen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: 0